

RENTENPOLITIK**ALTERSSICHERUNG ZUKUNFTSFÄHIG HALTEN****KONTEXT**

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass weniger Beschäftigte mehr Renten finanzieren. Deswegen wurde das Rentenalter seit Anfang der 2000er Jahre angehoben, das Leistungsniveau gedämpft und zusätzliche Altersvorsorge gefördert. In der chemischen Industrie wurde eine tarifliche Altersvorsorge aufgebaut. Das Rentenpaket 2014 (u.a. „Rente mit 63“) hat das System durch Leistungsausweitungen belastet. Mit dem Rentenpaket 2018 (doppelte Haltelinie, Mütterrente II) und den Ideen für eine Grundrente setzen CDU/CSU und SPD die generationen-ungerechte Rentenpolitik fort. Sie greifen zudem den Ergebnissen der Rentenkommission vor, die Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung erarbeitet.

FAKTEN

- Aktuell liegt das Rentenniveau bei 48 Prozent; 2045 werden ohne Änderungen 42 Prozent erwartet.
- Der Beitragsatz beträgt heute 18,6 Prozent; ohne neue Leistungen steigt er bis 2045 auf 24 Prozent.
- Die Rentenzahlungen (einschl. Zuschuss KV) betragen gut 280 Milliarden Euro im Jahr; in 2045 werden es ohne Inflation und weitere Leistungsausweitungen 425 Milliarden Euro sein.
- Der Rentenpaket 2018 kostet 286 Mrd. Euro bis 2045 – 164 Milliarden Euro davon zu Lasten der Beitragszahler.
- Die vorliegenden Ideen für eine Grundrente kosten weitere Milliarden.
- Altersarmut ist kein Massenphänomen: nur rund drei Prozent der Altersrentner beziehen Grundsicherung.

UNSER STANDPUNKT**Steigerungen des Rentenbeitragsatzes vermeiden**

- Der Beitragsatz darf auch langfristig nicht übermäßig steigen. Wir brauchen eine dauerhafte Haltelinie für die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt von 40 Prozent. Jede Steigerung verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit, bedroht Beschäftigung und erhöht so das Risiko von Altersarmut.
- Die gesetzliche Rentenversicherung ist dank guter Wirtschaftslage aktuell leistungsfähig. Dies darf aber nicht zu Leistungsausweitungen verleiten. Die Finanzierbarkeit muss auch in schwierigen Zeiten und bei fortschreitender Demografie erhalten bleiben. Das ist schon ohne neue Leistungen kaum gegeben.

Demografie stoppt an keiner politischen Haltelinie

- Die Herausforderung der steigenden Lebenserwartung muss fair auf die Generationen verteilt werden; möglichst viele Menschen müssen möglichst lange eine Beschäftigung ausüben. Für die Arbeit der Rentenkommission darf es hier keine Tabus geben.
- Die Ideen zu einer Grundrente sind ungerecht und unsystematisch. Sie knüpfen Leistungen an fragwürdige Kriterien statt an Bedürftigkeit; höhlen das Prinzip von Leistung und Gegenleistung aus und leisten keinen zielgenauen Beitrag gegen Altersarmut.

Rentenniveau allein ist nicht entscheidend

- Rentenerhöhungen zu dämpfen, das Niveau schrittweise zu senken und zusätzliche Vorsorge zu fördern, bleibt richtig. Wenn Renten langsamer steigen als Löhne, resultiert hieraus nicht automatisch Altersarmut.
- Eine Fixierung des Rentenniveaus reduziert Altersarmut nicht, führt aber zu untragbaren Mehrbelastungen für Unternehmen und Beschäftigte in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.
- Mütterrenten und die Ideen für eine Grundrente kosten Milliarden – gerecht sind sie nicht. Die Kosten dürfen nicht die Beitragszahler tragen.
- Wirksam zur Verhinderung von Altersarmut sind eine hohe Beschäftigungsquote, gute (Weiter-) Bildungspolitik, gezielte Zuwanderung sowie Attraktivitätssteigerungen der kapitalgedeckten Vorsorge, insbesondere der betrieblichen Altersversorgung.